

Friedensaufbau von unten - Friedensinitiativen in Kolumbien

Am 21. Mai 05 fand in Bern ein Forum zur Situation in Kolumbien statt mit dem Titel **Der Krieg bringt die Stimmen zum Schweigen - Friedensinitiativen der Zivilgesellschaft**. Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien **ask** war u.a. mit einem Beitrag von Bruno Rütscbe an diesem Forum präsent. Er erläuterte die Position der ask zum Friedensaufbau in Kolumbien. Hier die deutsche Übersetzung seiner Rede.

vgl. auch: [SUIPPCOL - Friedensförderungsprogramm der Schweiz zu Kolumbien](#)

Einführung

Sich zum Konflikt in Kolumbien zu äussern, heisst zuerst versuchen, diesen Konflikt zu beschreiben und zu analysieren. Wir müssen die Natur des Konfliktes betrachten. Darauf aufbauend können wir möglicherweise Lösungsansätze entwickeln.

Die Machtkonstellation in Kolumbien - eine Analyse der Macht und des Umgangs mit Konflikten

Wir haben in Kolumbien auf der einen Seite eine grosse Mehrheit, die machtlos, verarmt und ausgeschlossen ist. Die Machthabenden betrachten diese Mehrheit als manipulierbare Masse, die sie unter Kontrolle halten wollen. Unter der Masse von Machtlosen, Verarmten und Ausgeschlossenen gibt es jedoch Leute, die zum Teil mit Erfolg versuchen, sich zu organisieren, sich selbst zu ermächtigen, ihr Bewusstsein zu bilden und sich zu organisieren. Es gibt Anstrengungen, Bewusstsein über die eigenen Interessen und über die vorhandenen Interessenskonflikte zu schaffen, die eigenen Rechte einzufordern und gemeinsam für die grundlegenden Rechte zu kämpfen. Wenn diese *Masse* sich organisiert, werden die Machtverhältnisse hinterfragt.

Historisch gesehen hat in Kolumbien eine kleine Elite die Macht ausgeübt und sich des Staates ausschliesslich zum eigenen Nutzen bemächtigt. Diese Elite hat die staatlichen Institutionen nie als Instrumente im Dienste aller gesehen. Und sie verfügt auch über die Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen. In Kolumbien haben die Mächtigen nie gezögert, auch Gewalt als Mittel einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen. Dabei hat diese Elite offizielle und in-offizielle Formen der Gewalt angewendet. Das heisst, sie hat geheime, illegale Gewalt ausgeübt oder diese an vermeintliche Dritte delegiert, wie z.B. die paramilitärischen Verbände.

Kolumbien ist formell eine Demokratie, doch in Wirklichkeit handelt es sich um ein Staatsregime, welches im Dienste einer kleinen Elite steht und eine demokratische Maske trägt. Ihr zentrales Anliegen ist die Aufrechterhaltung und Verteidigung des *status quo* und die Ausweitung ihrer Privilegien.

Historisch gesehen ist der mit staatlicher Gewalt durchgesetzte politische, soziale und wirtschaftliche Ausschluss der Mehrheit einer der Hauptgründe für die revolutionäre Gegengewalt, das Entstehen der Guerillaorganisationen. Der Ausschluss und die Anwendung

von Gewalt durch den Staat waren nicht die alleinigen, aber die wichtigsten Ursachen für die Bildung der aufständischen Bewegungen.

Der Staat hat bis heute seine Grundhaltung nicht geändert. Aber auch die Guerilla hat in mehr als 40 Jahren des bewaffneten Kampfes nicht erreicht, was einmal Raul Reyes - Mitglied des Führungsstabes der FARC - in einem Interview gesagt hat: *Die Waffen garantieren, dass die Opposition gehört wird.* Zudem leidet die Guerilla - wie jede bewaffnete Befreiungsorganisation - unter einem inneren Widerspruch: Sie kämpft mit militärischen und autoritären Methoden für ein Modell der Partizipation und eine demokratische Gesellschaft. Trotzdem müssen die objektiven Ursachen anerkannt werden, welche zur Entstehung der Guerilla führten. Das bedeutet, dass der einzig mögliche Weg zur Beilegung des bewaffneten Konfliktes eine politische Verhandlungslösung ist und bleibt.

All dies wäre eine vertiefere Analyse wert, die hier aber nicht gemacht werden kann.

Ein Punkt scheint mir wichtig. Wir müssen uns bewusst sein, dass es in Kolumbien demokratische Aufbrüche gab und gibt, die die Machtelite gespalten oder mindestens gewisse Spielräume zur Hinterfragung der Mächtigen geöffnet haben. Ich möchte hier die Verfassungebene Versammlung von 1990/91 oder das Verfassungsgericht, aber auch Mitarbeitende der Menschenrechtsombudsstellen, der staatlichen Aufsichtsbehörde oder der Menschenrechtsabteilung der Staatsanwaltschaft erwähnen. Zudem hat heute auch die internationale Gemeinschaft ihre Augen auf Kolumbien gerichtet, und es gibt auf internationaler Ebene neue Formen der Justiz, z.B. den Internationalen Strafgerichtshof.

Zu jeder Demokratie gehört die Auseinandersetzung zwischen den Mächtigen und den *Macht-Losen*. Wenn Arbeitende streiken, gibt es Regeln, wie dieser Arbeitskonflikt zu lösen ist. Wenn Indígenas die Panamerikanische Strasse besetzen und vom Staat die Pflichterfüllung verlangen, gibt es auch da klare *demokratische* Regeln der Konfliktlösung. Es geht dabei stets darum, durch Verhandlungen zu einer Vereinbarung zu gelangen. Dies ist in der Schweiz nicht anders als in Kolumbien. Jeder Rechtsstaat muss akzeptieren und davon ausgehen, dass es immer Konflikte geben wird, welche einer Lösung bedürfen. Auch in einem Rechtsstaat stehen sich die Konfliktparteien nicht mit den gleichen Möglichkeiten gegenüber: Den Mächtigen stehen im Gegensatz zu ihren Widersachern alle Mittel zur Verfügung, die sie dazu einsetzen können, um Missgunst zu säen, Führungsleute zu bestechen und zu kaufen, falsch zu informieren, die Basisbewegungen zu spalten, usw. Doch in einem Rechtsstaat muss es ein Vorgehen geben, das zu einer Vereinbarung führt, welche letztlich das aktuelle Kräfteverhältnis widerspiegelt - und welche danach von den Konfliktparteien eingehalten werden muss. Der Staat hat diese Einhaltung zu garantieren.

In Kolumbien nehmen die Machthabenden erst dann Verhandlungen auf, wenn sie sonst keine Alternative mehr sehen. Dann kommt es zu Abkommen und konkreten Verpflichtungen, die von den höchsten Staatsrepräsentanten unterzeichnet werden. Ich möchte hier nur zwei Beispiele erwähnen: Die von der Regierung Pastrana unterzeichneten Abkommen mit der Bauern- und Indígenabewegung des Cauca im Jahr 1999 und die mit dem Permanenten Friedens-Arbeitstisch des Magdalena Medio im Jahr 1998. Doch was geschah nach der Unterzeichnung dieser Abkommen? Wir alle wissen es: Der Tod ging um. Es folgten Drohungen, Einschüchterungen, Gewalt. Bisher haben in Kolumbien die Führungsleute ihren Versuch teuer bezahlt, mit gewaltfreien Mitteln ihre Rechte einzufordern: sie haben bezahlt mit ihrem Leben, mit Vertreibung, Verbannung, dem Exil oder der ständigen Drohung, ermordet zu werden. An *diesem* Punkt verliert ein Staat seine Glaubwürdigkeit und seine Legitimität. Grundsätzlich hat der Staat das Gewaltmonopol inne. Wenn er dieses aber

heimlich dazu verwendet, um jene zu ermorden, welche die Privilegien derer hinterfragen, die den Staat zu ihrer Interessensbefriedigung und zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien einsetzen, verliert dieser Staat jegliche Glaubwürdigkeit und Legitimität. In Kolumbien wenden die Machthabenden verschiedene Formen zur gewaltsamen Aufrechterhaltung der Privilegien an: Diffamierung und Verleumdung von Oppositionellen (indem man sie z.B. als Vertreter der Guerilla, als Subversive, als Feinde des Fortschrittes, als Hindernisse für die Entwicklung des Landes und daher verantwortlich für Rückständigkeit und Armut bezeichnet), Einschüchterung, Vertreibung, bewusste und vorsätzliche Desinformation, Verfolgung, Verhaftung, Folter, Verschwindenlassen und Mord.

Für einen wirklichen Friedensprozess und einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit ist der politische Wille der Mächtigen oder zumindest von Kreisen innerhalb des Machtzirkels unabdingbar. Es braucht das Bewusstsein, dass sie Privilegien aufgeben und einen besseren sozialen Ausgleich sowie soziale Gerechtigkeit erreichen müssen. Nur so dient der Staat immer mehr *allen*, der gesamten Nation mit ihrer ganzen multikulturellen und pluriethnischen Vielfalt.

Der kolumbianische Konflikt in Zeiten der Globalisierung

Eine rein nationale Sicht des Konfliktes in Kolumbien greift zu kurz, denn er steht im Kontext der Globalisierung und der Internationalisierung. Kolumbien ist ein Land, das über alle Rohstoffe der Zukunft verfügt: Biodiversität, Süßwasser, Mineralien, Erdöl und Kohle, fruchtbare Böden. Zudem liegt Kolumbien an einem strategisch sehr wichtigen Ort. Es kontrolliert die Landbrücke zwischen Zentral- und Südamerika, hat Zugang zum Pazifik und zum Atlantik sowie zur Andenregion, zum Amazonasgebiet und zum Orinocofluss. Alle diese Elemente erhalten in den Zeiten der Globalisierung eine hohe Bedeutung. Daher sprengt der interne bewaffnete Konflikt Kolumbiens seine nationalen Grenzen. Mächtige Kräfte wollen diesen Konflikt internationalisieren, weil dies ihren Interessen entspricht. Allen voran die USA, die nicht nur seit Jahrzehnten die (lateinamerikanischen) Militärs in der *Schule Amerikas* in geheimen Techniken zur Aufstandsbekämpfung - d.h. in den Methoden des schmutzigen Krieges und in der Anwendung der Folter - ausbildet, sondern mit dem *Plan Colombia* auch Milliarden von Dollars in den Krieg in Kolumbien gepumpt hat. Zu Beginn geschah dies unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung. Mittlerweile ist diese Unterstützung offiziell auf die Terrorbekämpfung - sprich Aufstandsbekämpfung - ausgeweitet worden.

Mit dem internen - aber bereits internationalisierten - bewaffneten Konflikt in Kolumbien üben die USA enormen Druck auf die anderen Länder Lateinamerikas aus. Die USA verlangen von ihnen, sich dem Kampf gegen Drogen und Terrorismus anzuschließen. Die US-Regierung widersetzte sich dem Friedensprozess, den der frühere kolumbianische Präsident Pastrana mit den Aufständischen aufgenommen hatte. Der Friedensprozess musste scheitern. Es sind die USA, die die Spielregeln festlegen - auch bei möglichen Verhandlungen mit der Guerilla -, denn sie haben ein vitales Interesse an den Rohstoffen Kolumbiens und seiner strategischen Lage.

Die USA haben Kolumbien gezwungen oder erpresst, einen Drogenkrieg zu führen, der ein soziales Problem kriminalisiert und militarisiert. Der Drogenkrieg zerschlägt ein zerbrechliches soziales Netz in sonst schon sehr marginalisierten Regionen und zerstört den natürlichen Reichtum. Allerdings ist dieser Drogenkrieg bisher kläglich gescheitert. Aber 90% des Gewinns aus dem Drogenhandel liegen in Banken der Industrieländer und schmieren

hier die Wirtschaft. Wagt es deshalb kein einziger Staat, sich offen der absurden und für Menschen und Natur tödlichen Politik der USA entgegen zu stellen ?

Doch es sind nicht allein die USA. Auch die multilateralen Finanzinstitute wie der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank haben im Rahmen der Globalisierung der Wirtschaft von Kolumbien viele Reformen verlangt, welche klar gegen die Rechte der Arbeitenden verstossen, so etwa die Arbeitsreform, die Pensionsreform, usw.

Der interne bewaffnete Konflikt Kolumbiens muss in diesem internationalen Umfeld gesehen werden, das sich durch den Fall der realsozialistischen Länder und die Globalisierung radikal verändert hat.

Wie entsteht Macht, und welches ist ihre Logik?

Macht wird immer verliehen. Die Machtapparate können nicht allein mit Gewalt ihre Macht ausüben, sondern sie benötigen mindestens einen Teil des Volkes, der *Macht-Losen*, die ihnen ihre Macht abtreten, sie in ihrer Macht bestärken. Auch die Macht-Losen ermöglichen es anderen, in ihrem Namen zu handeln. Rund 6 Mio. Menschen gaben Uribe ihre Stimme. Dies ist eine Tatsache.

Ich möchte hier nur zwei besonders drastische Beispiele der jüngsten Geschichte erwähnen: Die Wahl von Rios Montt (verantwortlich für den Völkermord) in Guatemala und jene von Diktator Banzer in Bolivien. Ob es uns passt oder nicht, wir müssen auch an die Verantwortlichkeit des Volkes, auch der Macht-Losen, denken. Die jüngste Vergangenheit in Argentinien, in Bolivien oder auch in Ecuador hat gezeigt, wozu ein Volk fähig ist, das nicht länger akzeptiert, wenn andere in seinem Namen sprechen.

Wenn wir als Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien Briefe an die kolumbianische Regierung richten und sie auffordern, die eigene Verfassung, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu respektieren, so anerkennen wir damit ihre Macht. Man muss vom Staat die Einhaltung seiner Verpflichtungen fordern. Dies ist nicht schlecht, ist aber weit von einem alternativen Akt oder Vorschlag entfernt. Forderungen sind wichtig, aber sie genügen nicht. Mit Forderungen allein haben wir noch nichts aufgebaut. Aus den Forderungen müssen Vorschläge entstehen. Es geht darum, von der Einforderung der Demokratie aus dazu überzugehen, die Demokratie im Innern der sozialen Organisationen selber aufzubauen.

Darum sind die Versuche, Lebens-Alternativen von unten zu schaffen und zu leben, die aus den eigenen Möglichkeiten entstanden sind und auf den eigenen Anstrengungen aufbauen, von grösster Bedeutung. Denn diese Versuche - auch wenn sie unscheinbar wirken mögen - stellen den Keim für den Friedensaufbau und für ein neues Land dar. Diese Initiativen fordern die Machthabenden tatsächlich heraus, denn sie bedeuten eine andere, von unten aufbauende Organisation des Lebens und der Zivilgesellschaft.

Auch folgendes müssen wir uns bewusst sein: Wenn die Guerilla vorschlägt, das Volk mit Waffengewalt zu befreien und eine andere Ordnung und andere Strukturen durchzusetzen, tut sie dies aus einer Vision der Macht, von oben herab, aus der Macht der Waffen und nicht aus demokratischem Prinzip. Dahinter steht eine autoritäre, nicht eine partizipative Logik. Die Guerilla geht in ihrer Vision nicht von einem emanzipatorischen Prozess von der Basis her aus. Auch wenn die Guerilla die edelsten Beweggründe für ihren Kampf haben mag, entspricht ihr Vorgehen dennoch nicht einem Prozess der Volksemanzipation, noch der Demokratisierung, noch der Machtnivellierung.

Dies ist vielleicht der Grund, weshalb alle bewaffneten Akteure - sei es Armee, Paramilitärs oder auch die Guerilla - den unabhängigen Basisbewegungen feindselig gegenüber stehen. Die bewaffneten Akteure betrachten Frauenbewegungen, indigene, afrokolumbianische und Bauernbewegungen, die ihre Autonomie einfordern und dafür einstehen, ihre Rechte mit eigenen Händen und gewaltfreien Mitteln - aus eigener Kraft und ohne Waffen - zu verteidigen als eine Ablehnung ihrer Macht. Denn diese Basisbewegungen nehmen ihre Anliegen tatsächlich in die eigenen Hände und erwarten Rettung weder vom Staat noch von der Guerilla. Zudem tun sie dies im vollen Bewusstsein des Preises, den diese Option hat: Mehr als 150 Mitglieder der Friedensgemeinschaft von San José de Apartadó sind seit ihrer Gründung im Jahr 1997 ermordet worden. Trotzdem schreitet die Friedensgemeinschaft auf ihrem Weg weiter, denn sie ist überzeugt, dass es keine Alternative gibt. Und sie ist nicht bereit, ihren Wunsch nach Leben in Frieden auf eine ferne, unsichtbare Zukunft zu vertagen.

Was bedeutet dies aus einer Vision des Friedensaufbaus von unten?

Die Frauen der Ruta pacífica oder die Indígenas des Cauca, die Friedensgemeinschaft von San José de Apartadó oder von La Balsita, die Schwarzen Gemeinschaften des Atratoflusses, die Indígenas der Sierra Nevada von Santa Marta, die Uwá oder Basisfrauenorganisationen wie die OFP - alle diese Bewegungen entwickeln ihre Aktivitäten mit zwei Stossrichtungen: Erstens fordern sie vom Staat die Einhaltung seiner Verpflichtungen (womit sie den Staat als solchen anerkennen und ihm seine Verpflichtungen in Erinnerung rufen). Zweitens erschaffen sie sich ihre eigene Autonomie, ihren eigenen nachhaltigen Lebens- und Entwicklungsplan mit dem Ziel der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Das heisst: Zusammen mit der Forderung an den Staat, seinen Verpflichtungen nachzukommen, entwickeln diese Bewegungen ihre eigene interne Demokratie als eine wirkliche Demokratie - mit kollektiven Projekten, mit Versammlungen, mit partizipativen Entscheidungsprozessen. Sie wollen die Demokratie bereits leben und sie nicht wegen des Krieges auf später verschieben. Sie versuchen ein Lebensprojekt aufzubauen und umzusetzen, das auf ihrer eigenen Kultur und ihrer eigenen Identität beruht und das sie mit ihren eigenen Möglichkeiten und Grenzen realisieren können. Sie gehen dabei von ihrer Identität aus und fordern ihre Rechte als Gemeinschaften ein, wobei sie sich auf die universellen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht abstützen.

Vielleicht ist die Identität - und die Arbeit an der Identität innerhalb dieser Bewegungen - etwas Grundlegendes. Die spanischen Invasoren vernichteten nicht alle Völker. Oft reichte es, ihre Identität zu zerstören, sie sich selber zu entfremden und ihre sozialen Referenzpunkte durch neue, von den Invasoren aufgezwungene, zu ersetzen. Erstaunlicherweise teilen die Bewegungen, die heute zivilen Widerstand leisten, ihre Rechte beim Staat einfordern und gleichzeitig *von unten und von innen* eine Demokratie und einen wirklichen Frieden aufbauen, eine gemeinsame, konkrete Identität: Es sind bewusste Frauen, Indígenas, AfrokolumbianerInnen, mit ihrer Erde verwurzelte Bauern. Diese Identität scheint ein Schlüsselement für den zivilen und unbewaffneten Widerstand zu sein. Die Identität ist eine Stärke und ein Wert, welcher Menschen befähigt, sich lebensfeindlichen und aufgezwungenen Werten zu widersetzen.

Diese Bewegungen und diese Initiativen versuchen von unten eine wirkliche Demokratie aufzubauen. Eine wirkliche Demokratie hat als prioritäres Ziel die Befriedigung der Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung: Arbeit, Nahrung, Wohnung, Bildung und Gesundheit. Das Ziel ist nicht die Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der Umwelt und indem die Mehrheit in Armut, Elend und Ausschluss gestossen wird. Hier geht es um eine konkrete Demokratie mit einem konkreten Frieden.

Es gibt viele solcher Initiativen und Bewegungen in Kolumbien. Sie verdienen unsere Bewunderung und unseren Respekt.

Doch alle diese Initiativen und Bewegungen stehen vor einer grossen Herausforderung: Sie müssen sich untereinander vernetzen und lokale, regionale sowie schliesslich nationale Alternativen aufbauen. Es ist richtig - und es muss so sein - dass der Aufbau von Demokratie und Friede *unten* anfängt, von der lokalen Ebene her zu wachsen beginnt. Doch wenn wir Kolumbien in seiner aktuellen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation ansehen, spüren wir, wie dringlich es ist, dass sich diese kleinen, aber bedeutenden Initiativen untereinander vernetzen, um eines Tages zu einer Alternative zu werden. Nur eine breite soziale Friedensbewegung, mit einer signifikanten Entwicklung, mit Erfahrung in interner Demokratie und einem landesumfassenden Vorschlag, welcher der Diversität des Landes Rechnung trägt, kann vielleicht die Kriegsmaschinerie und die destruktive Kraft der Waffen bremsen und aufhalten. Denn in dieser Bewegung werden die Worte durch Taten und durch die eigene Geschichte untermauert sein.

Wenn ich dies sage, so bin ich mir völlig bewusst, dass der heutige kolumbianische Staat alles daran setzt, den Konflikt noch mehr anzuhetzen und zu polarisieren. Es fehlen mir die Worte angesichts der Massaker an ganzen Familien der Friedensgemeinschaft von San José de Apartadó. Und es lassen sich kaum Worte finden angesichts des Ökozids: Unter dem Schutz von Armee und Paramilitärs werden im Chocó und anderswo Ölpalmsplantagen angelegt - über ganze Gemeinschaften hinweg und in Verletzung sämtlicher Rechte. Zudem verletzt der Staat mit seinem Informantenprogramm und den Bauernsoldaten die internationalen Normen über die Unterscheidung zwischen Zivilen und Bewaffneten. Das heisst, der Staat versucht energisch, alles seiner absoluten Macht unterzuordnen. Er teilt die Gesellschaft in Freunde und Feinde. Und dieser Staat ist unter Einsatz von Gewalt und Krieg auch bereit, alle zu eliminieren, die er als seine Feinde betrachtet.

Doch es gilt, diesen Teufelskreis zu durchbrechen: Die sozialen Bewegungen der Guerilla zuzuschreiben - wie es die Regierung macht - stärkt die Guerilla und schwächt die nicht-bewaffneten AkteurInnen. Durch seine gewaltsame Antwort auf die gewaltlosen Forderungen der sozialen Bewegungen legitimiert der Staat die revolutionäre Gegengewalt. Grundanliegen der Friedensförderung muss deshalb das Durchbrechen dieses Teufelskreises sein. Es gilt die Autonomie der sozialen Bewegungen zu stärken und ihnen Schutz und Sicherheit zu bieten, damit sie ihre legitimen Forderungen einbringen können und dafür nicht mit dem Leben bezahlen müssen. Es ist der einzige Weg, den wir als möglich erachten, um *von unten* einen Rechtsstaat aufzubauen. Darum gilt es, diese Initiativen zu unterstützen und zu stärken. Sie sind - wie ich es sehe - die Hoffnung, welche Kolumbien bleibt.

Zusammengefasst die zentralen Punkte:

- Friede wird von unten, von innen und ab sofort aufgebaut. Man kann den Aufbau von Frieden und einer wirklichen Demokratie nicht auf die Zeit nach dem Abschluss möglicher erfolgreicher Friedensverhandlungen verschieben.
- Der interne bewaffnete Konflikt Kolumbiens ist bereits ein internationaler Konflikt. Dieses internationale Panorama muss mit berücksichtigt werden. Man kann den Konflikt nicht auf eine rein nationale Lösung reduzieren.
- Alles weist darauf hin, dass der Aufbau von authentischen und wirklichen Friedens- und Demokratieprozessen eine eigene persönliche Identität und eine eigene Identität als

Bewegung voraussetzt. Es handelt sich also um einen gesellschaftlichen und individuellen Prozess.

- Die Hoffnung auf die Überwindung des Konfliktes, auf den Aufbau eines Friedens mit sozialer Gerechtigkeit und einer umfassenden, wirklichen Demokratie liegt in den sozialen Bewegungen, den Bewegungen der Frauen, der Indígenas, der AfrokolumbianerInnen, der Bauern und Bäuerinnen und in den Erfahrungen, den die Friedensgemeinschaften mit zivilem Widerstand gemacht haben

Ich möchte mit einem Zitat der Präambel der *Erklärung für Frieden und Menschenrechte in Kolumbien* schliessen, welches im Jahr 2000 von Hunderten von europäischen und internationalen NGO, mehreren Nobelpreisträgern, verschiedenen Persönlichkeiten aus der ganzen Welt und über 120 ParlamentarierInnen der Schweiz unterzeichnet wurde. Diese Erklärung hat nach wie vor volle Gültigkeit:

Frieden ist die Frucht von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Frieden wird einkehren, wenn die Menschenrechte geachtet werden, wenn Gerechtigkeit, Wahrheit und Toleranz herrschen und die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt sind.

Bern, 21. Mai 2005